



Stadtratsfraktion

Pressemitteilung

Ansbach, 29. April 2014

Offene Linke beantragt Prüfung einer Ausweisung von Flächen für „Urban Gardening“:

„Pflücken erlaubt“ statt „Betreten verboten“ - Gemeinschaftsgärten als soziale Treffpunkte

Projekt „Essbare Stadt“ birgt Potenzial für naturnahe Bildung bis hin zum Tourismus

Die Offene Linke Ansbach (OLA) hat jetzt die Prüfung einer Ausweisung von städtischen Flächen für „Urban Gardening“ sowie für das Projekt „Essbare Stadt“ beantragt.

„Urban-Gardening“-Flächen sind Gemeinschaftsgärten und grüne Oasen in der Stadt, in denen u.a. Obst und Gemüse angebaut werden kann. Gerade Innenstadtbewohner verfügen oft nicht über eigene Gärten oder Balkone. Flächen für Urban Gardening können sich so zu Generationen übergreifenden, sozialen Treffpunkten entwickeln.

Der Trend zur Ausweisung von städtischen Flächen für Gemeinschaftsgärten verstärkt sich inzwischen auch im Bundesgebiet. Zahlreiche Kommunen unterschiedlicher Größe haben bereits gute Erfahrungen mit Urban Gardening, oft in Kombination mit dem Projekt „Essbare Stadt“, gemacht. Einige Beispiele hierfür sind Andernach, Freiburg, Kassel oder Minden.

„Gemeinschaftsgärten bieten nicht nur neue Möglichkeiten für die Interaktion der Ansbacher Stadtgesellschaft, sondern bergen Potenzial für weiteren Mehrwert für unser Gemeinwesen, von naturnaher Bildung, etwa in Form eines „Grünen Klassenzimmers“, bis hin zum Tourismus“, begründete die OLA-Fraktion ihren Vorstoß für urbane Gärten in Ansbach.

Der Antrag wurde fristgerecht zur Sitzung des Unterausschusses am 12. Mai eingereicht.

gez.

Kerstin Kernstock-Jeremias

Boris-André Meyer

Uwe Schildbach